

Die Macht explodiert

Oligopole schaden sowohl in wirtschaftlicher als auch in demokratischer Hinsicht

Pat Christ



Die Organisation Lobby-Control will die Macht von Amazon zerschlagen.. – Alle Fotos dieses Beitrages: Pat Christ.

Der Traum wäre eine gerechte Verteilung von Geld und von Gütern. Doch von diesem Traum entfernen wir uns mehr und mehr. In immer rasanerem Tempo. Viele Menschen überschulden sich derzeit. Viele werden ärmer. Während andere immer schneller und immer stärker an Reichtum, Macht und Einfluss gewinnen.

Das liegt daran, dass Gewinnmaximierung nach wie vor und in vielen Feldern über alles geht. Letztlich liegt es an einem menschen- und naturfeindlichen Kapitalismus, der die Bildung von Monopolen oder Oligopolen befördert.^[1] Mit Marktwirtschaft hat unser Wirtschaftssystem global betrachtet immer weniger zu tun.

Einer, der das Monopolkapital schon früh vehement anprangerte, war der Journalist Eckart Spoo, der am 15. Dezember 2016 kurz vor seinem 80. Geburtstag starb. Vor allem die „Medienmonopolmacht“ war dem ehemaligen Bundesvorsitzenden der Deutschen Journalistinnen- und Journalisten-Union (dju) ein Dorn im Auge. „Macht in

1 In einem Monopol gibt es nur einen Anbietenden, in einem Oligopol einige wenige

unserer Zeit ist – sprechen wir es doch bitte deutlich aus – monopolkapitalistische Macht“, leitete er einen Aufsatz ein, der im 2005 veröffentlichten Sammelband „Beharrlich gegen die Macht“ publiziert wurde. Als monopolkapitalistische Macht wolle sie sich aber meist nicht zu erkennen geben.

Medien haben damals wie heute den Anspruch von Pluralismus und Autonomie, doch die Realität sieht nicht so



Anders als in der Werbung versprochen, bringt jede Suche den IT-Giganten weiter.

aus. Spoo zeigte auf, wie Medien mit Industriellen und Regierenden „bei der Brutalisierung kapitalistischer Ausbeutung“ durch die Hartz-Reformen der rot-grünen Regierung ab 1998 zusammenwirkten. Das Monopolkapital habe damals an Macht zugenommen: „Gerade weil die Teile des Volkes, die am stärksten enteignet und entrechtet wurden, im Vertrauen auf Rot-Grün als ihre vermeintliche Interessenvertretung auf Widerstand verzichteten.“ Die Konzernmedien hätten dafür gesorgt, dass der rot-grüne Anschein wahrgenommen wurde: „Nicht die Realität.“

Wachsende Dominanz



Schon lange haben wir eine kapitalistische Wirtschaftsordnung. Doch nie zuvor hatte sie solche Blüten getrieben wie dieser Tage. Vor allem die digitale Welt, konstatiert die Organisation „LobbyControl“, werde von wenigen Großkonzernen dominiert: Amazon, Meta, Google.

Das am 5. Juli 1994 gegründete Unternehmen Amazon hatte vor allem in der Corona-Krise profitiert. Im dritten Quartal 2020 verzeichnete das digitale Oligopol laut Statista einen Umsatz von 86,5 Milliarden US-Dollar. Und das war erst der Anfang des Siegeszugs.

Als der Versandhandel boomte, weil die Geschäfte dicht gemacht wurden, konnte Amazon seinen Umsatz in enorme Höhen steigern. Im dritten Quartal 2023 lag er laut Statista bereits bei rund 143 Milliarden US-Dollar. So viel Macht ist sowohl wirtschaftlich als auch politisch gefährlich, warnt LobbyControl. Tech-Konzerne könnten die Regeln weitgehend nach Belieben bestimmen. Ob beim Online-Shopping oder in den sozialen Medien: „Diese Monopolmacht untergräbt unsere Demokratie.“



Diese Frage stellt sich angesichts der Machtkonzentration mehr denn je.

In der Tat werfen Oligopole mit ihrem kontinuierlichen Machtzuwachs die Frage nach dem Wert der Wahlberechtigung auf. „Marktmächtige Unternehmen können sich genehme Politik kaufen“, bestätigt auf Anfrage der „**HUMANEN WIRTSCHAFT**“ Christian Rusche vom Institut der deutschen Wirtschaft (IW) in Köln. In den USA habe es deshalb Ende des 19. Jahrhunderts die Einsicht gegeben, dass es für die Demokratie schädlich ist, wenn wenige Unternehmer eine überragende Marktmacht auf sich vereinen.

Deutschland wiederum habe Ende des 19. Jahrhunderts wirtschaftliche Zusammenschlüsse und damit Marktkonzentrationen und Kartelle zugelassen. Rusche: „Was wohl auch zum Aufstieg des Nationalsozialismus beigetragen hat.“ Anstatt viele kleine Unternehmen gleichzuschalten, konnte man bei wenigen großen Unternehmen leicht schnell Einfluss erlangen.

Seit wir in einer Industriegesellschaft leben, haben wir es mit dem Problem der Monopolisierung zu tun. Bereits 1880 verabschiedeten Senat und Repräsentantenhaus in den USA den „*Sherman Antitrust Act*“ als erstes Gesetz gegen Monopolisten. Damals verloren im Zuge der Industrialisierung immer mehr Landarbeiter ihre Jobs, immer mehr Kapital konzentrierte sich bei Konzernen wie *Standard Oil*. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde das marktfreundliche Konzept der USA auf Deutschland übertragen. „Mittlerweile sind die USA eher duldsamer als die Europäische Union, was Marktkonzentration anbelangt, siehe Meta, Amazon, Alphabet und Microsoft“, so Christian Rusche.

„LobbyControl“ sucht aktuell Mitstreiter für die Umsetzung einer ambitionierten Idee: Amazon soll zerschlagen werden. „Zerschlagung“, räumt man ein, klinge zunächst radikal: „Doch wenn Machtanballung nicht mehr kontrollierbar ist und unsere Demokratie untergräbt, brauchen wir eine wirksame Lösung.“ Nachdem es kaum gelinge, Amazon wirkungsvoll zu regulieren, müssten die Strukturen infrage gestellt werden: „Es ist an der Zeit, die Machtkonzentration selbst zu beseitigen.“ In den USA seien diese Diskussionen bereits im Gange. Mit einem Gutachten will „LobbyControl“ zeigen, dass es auch hierzulande rechtlich möglich ist, die Macht von Amazon zu zerschlagen.

Die Energiegiganten

Auch wenn noch viele Stadtwerke selbst Strom erzeugen können, ist dieser Bereich der Daseinsvorsorge inzwischen ebenfalls oligopolisiert. Große Marktanteile im deutschen Energiesektor liegen seit Jahren in den Händen der vier Konzerne E.ON, EnBW, RWE und Vattenfall. Möglich wurde dies durch Reformvorgaben der EU. Dadurch wurde auch der deutsche Energiemarkt liberalisiert, Unternehmenszusammenschlüsse wurden einfacher möglich. Dies habe letztlich dazu geführt, dass jene Unternehmen, die davor schon gut situiert waren, die Kontrolle über den Stromsektor übernehmen konnten, erläuterte der Umweltsoziologe Gregor Kungl 2022 im „Deutschlandfunk“.

Werden solche Prozesse auf den Weg gebracht, sollten am Preis orientierte Verbraucher und Befürworter der Sozialen Marktwirtschaft hellhörig werden. Doch wie bei Hartz IV, blieb auch hier der Protest aus. Aus etlichen Fusionen gingen die genannten vier großen hervor. In jüngster Zeit entstanden mit den neu strukturierten Konzernen E.ON und RWE „zwei energiewirtschaftliche Giganten mit bisher nie dagewesener Marktmacht“, so der Bund der Energieverbraucher. „Der im März 2018 angekündigte E.ON-RWE-Deal hätte aus Wettbewerbsgründen nicht genehmigt werden dürfen“, meint der Verein.

Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass ein Amt 2022 als Treuhänder eines Marktgiganten auf dem Energiesektor eingesetzt wurde: Die Bundesnetzagentur war vom 17. Juni bis zum 15. Dezember Treuhänderin der Gazprom Germania GmbH. Das Schlüsselunternehmen für die deutsche Energieversorgung heißt nun Sefe Securing Energy for Europe GmbH und gehört dem Staat. Gerade auch entlang der Gaslieferkette, so LobbyControl, hatten sich Konzerne mit riesiger Marktmacht herausgebildet. Das 2016 aus E.ON hervorgegangene Unternehmen Uniper gehört dazu. Nicht zuletzt hier wird anschaulich, welche Macht Oligopole haben.

Immense Lobbyausgaben

Dem Lexikon „Lobbypedia“ von LobbyControl ist zu entnehmen, dass zwei Uniper-Lobbyisten direkten Zugang zum EU-Parlament haben. 2021 habe das gesamte Lobbybudget von Uniper mindestens 2,8 Millionen Euro betragen. Damit zählt Uniper laut LobbyControl zu den Unternehmen mit den höchsten Lobbyausgaben in Deutschland. Die Lobbyausgaben auf EU-Ebene sollen sich auf mindestens eine halbe Million Euro belaufen. Als der Marktgigant unter den erst gedrosselten und schließlich ganz ausbleibenden Gaslieferungen aus Russland litt, sprang der Staat ein. Zugleich rettete er, wie bereits erwähnt, Gazprom Germania.

Letzteres hatte laut der Zeitung „Merkur“ eine hohe Summe verschlungen. „Der Bund stützte Mitte Juni die damalige Gazprom Germania und heutige Sefe mit einem Milliardenbetrag über



Viele Akteure, die politisch eine unglaubliche Macht ausüben, sind auf keiner Wahlliste zu finden.

die KfW, um eine Pleite zu verhindern“, heißt es in einem Bericht von Ende 2022. Auch finden sich hier nähere Angaben zur Marktmacht von Gazprom Germania. Demnach hat das Unternehmen einen Anteil von 14 Prozent am deutschen Gasversorgungsmarkt. Bereits 2011 gerieten Gazprom Germania, E.ON Ruhrgas und RWE ins Visier der EU. Bei einer Razzia durchsuchten EU-Wettbewerbshüter Büros der Firmen, denen Preisabsprachen vorgeworfen worden waren.

Für den US-Ökonomiprofessor Luigi Zingales bleibt vor allem die Marktmacht in der IT-Branche „beängstigend“. In einem Interview für das NZZ-Produkt „The market“ sagte er Ende 2019, dass die Machtkonzentration in diesem Sektor „selbst konservative Kreise“ beunruhigen sollte. Wörtlich meinte er: „Wer konservativ denkt, misstraut zu viel Macht von Regierungen – nicht, weil Regierungen per se schlecht sind, sondern aus Misstrauen gegenüber der menschlichen Natur. Im Privatsektor kann Machtkonzentration sogar noch gefährlicher sein, denn anders als im öffentlichen Bereich gibt es dagegen kaum institutionelle Vorkehrungen.“

Politisch problematisch



Luigi Zingales erläuterte in diesem Interview, warum ein IT-Unternehmen etwas anderes ist als zum Beispiel ein Stromkonzern. „Die digitale Wirtschaft unterscheidet sich von der klassischen Ökonomie, wie wir sie aus den Schulbüchern kennen“, so der Ökonom. Eine spezifische Eigenschaft digitaler Plattformen sei, dass es wegen Größen- und Verbundvorteilen zu massiver Konzentration komme: „Ohne Intervention bilden sich deshalb natürliche Monopole.“ Inzwischen kontrollierten Facebook und Google den Zugang zu Information: „Ihr Monopol ist nicht nur wirtschaftlich ein Problem, sondern auch politisch.“

Im Juli 2022 verabschiedete das Europaparlament mit großer Mehrheit eine Regel, die für mehr Verbraucherschutz sorgen soll. Mit dem „Digital Markets Act“ soll die Marktmacht von Internetriesen eingehegt werden. So müssen geplante Übernahmen künftig an die EU-Kommission gemeldet werden, damit diese bei problematischen Fällen schneller reagieren kann. Spätestens ab März 2024 sollen sich die Digitalkonzerne daran halten. Doch wie genau die Regeln durchgesetzt werden sollen, ist laut LobbyControl nach über einem Jahr teilweise immer noch unklar.



Geplante Übernahmen müssen laut dem „Digital Markets Act“ künftig an die EU-Kommission gemeldet werden.

Schon 1969 legte der Volkswirtschaftler Heinrich Niehaus dar, dass sich eine Wachstumsideologie entwickelt habe, die zur Konzentration von Unternehmen in Oligopolen führt. Interessant ist folgende Beobachtung von ihm vor 54 Jahren: „Die heutigen Oligopole verzichten weitgehend auf Preiskonkurrenz; sie konkurrieren in erster Linie durch Differenzierung der Produkte oder durch neue Waren.“ Gewinne würden nur zum Teil an die Aktionäre ausgeschüttet: „Sie werden strategisch für das Wachstum des Unternehmens eingesetzt.“ Zur Expansion werden Bankkredite in Anspruch genommen: „Und die Regierungen setzen ebenfalls Kredite ein, um Industriekrisen zu vermeiden.“

Immer stärker ausgepresst



Die Reichen werden immer reicher und die Armen immer ärmer: Human-

wirtschaftler wissen, dass dies nicht von ungefähr kommt. Vereinigen einige wenige Unternehmen eine überragende Marktmacht auf sich, wirkt sich das wirtschaftlich negativ auf die Menschen aus, bestätigt Christian Rusche vom IW. Die Einkommen resultieren dann nicht mehr aus der eigenen Leistung: „Sondern nur aus dem Fakt, dass alle anderen nicht mehr da sind.“ Zudem könnten Kunden sowie Lieferanten ausgepresst werden: „Auch Investitionen in Innovationen werden unterlassen oder fallen niedriger aus.“

Mit Blick auf Branchen wie die Mobilfunk-, die Pharma- und die Autoindustrie oder auch mit Blick auf den Lebensmitteleinzelhandel ist die Welt für Christian Rusche allerdings nach wie vor weitgehend in Ordnung. „In der Gesamtwirtschaft sehe ich keine Aushöhlung des Marktprinzips“, sagt er. Bei Tankstellen und Raffinerien gibt und gab es zwar Auffälligkeiten laut Bundeskartellamt: „Aber selbst das Bundeskartellamt konnte bisher kaum etwas Justiziables finden.“ Jedoch weiß Christian Rusche von Experten, die der Meinung sind, dass bei Tankstellen durch Preissetzungsalgorithmen zum Teil erhöhte Preise durchgesetzt werden.

Im Digitalen beschleunigt sich der globale Turbokapitalismus. Und zwar ausgehend von den USA. „Doch eventuell findet auch hier ein Wandel statt“, meint Christian Rusche mit Blick auf ein Kartellverfahren gegen Amazon und ein Verfahren gegen Google.

Was Google anbelangt, sollte man unbedingt wissen, dass dieser Internetkonzern mit Geldern der CIA und des Pentagon geschaffen wurde. Nachzulesen ist dies unter anderem auf der amerikanischen Homepage von Axel B. C. Krauss: „Wie die CIA Google erschuf“. Laut „Spiegel“ vom 10. Mai 2016 investierten Google und die CIA auch gemeinsam in das Unternehmen „Recorded Future“. Das soll mit öffentlichen Informationen aus dem Netz Cyberattacken und drohende politische Unruhen vorhersagen.

Die kolonialen Imperien der Neuzeit umfassten nach und nach immer größere Teile des Globus. Eben dies tun nun die neokolonialen Imperien der Postmoderne. Es gibt zwar Gegeninitiativen. Wie das ZDF im September



Als die Spritpreise an den Tankstellen trotz moderater Rohölpreise nach Beginn des Ukraine-Kriegs in die Höhe sprangen, untersuchte das Bundeskartellamt, ob es illegale Preisabsprachen der großen Mineralölkonzerne gab. Die gab es aber wohl nicht.

berichtete, ziehen das US-Justizministerium und die Generalstaatsanwälte mehrerer Bundesstaaten gegen Google vor Gericht. Die Tochter des Giganten Alphabet, so der Vorwurf, zementiere mit milliardenschweren Zahlungen ihre Marktmacht, indem sie ihre Suchmaschine als Standard einrichten lasse. Es fragt sich, ob solche Initiativen wirklich ernst gemeint sind, ob sie rechtzeitig kommen und ob sie genug Wirkung entfalten.

Immer reicher

Sundar Pichai, der Mann an der Spitze von Alphabet, hat inzwischen ein immenses Vermögen angehäuft. Laut Süddeutscher Zeitung wird es auf mehr als eine Milliarde Dollar geschätzt. Elon Musk bleibt laut Statista mit 242 Milliarden Dollar der reichste Mann der Welt. Die Rangliste der Reichsten spiegelt die unglaubliche Macht der Digitalkonzerne wider. Jeff Bezos von Amazon sitzt auf einem Vermögen von 167 Milliarden Dollar. Bill Gates' Vermögen beträgt laut Statista knapp 117 Milliarden Dollar.

Nur dank eines Milliardenvermögens und Milliardenpenden ist Joe Biden zum einflussreichsten Politiker avanciert. Elon Musk wiederum mischte sich in den Präsidentschaftswahlkampf ein: Laut dem Redaktionsnetzwerk Deutschland förderte der Eigentümer von X, Tesla und SpaceX den inzwischen nicht mehr kandidierenden republikanischen Politiker Ron DeSan-

tis. Allein dadurch, dass Musk das Verbot der politischen Werbung auf Twitter aufgehoben hatte, könnte er die US-Wahl 2024 entscheidend beeinflussen.

Das Wissen darum, dass milliardenschwere Personen, Konzerne, Oligopole und Stiftungen hinter der Politik stecken, lassen mehr und mehr Menschen daran zweifeln, ob sie denn ihre Stimme bei der Wahl abgeben sollen. Vor allem weil, siehe Spoo, längst nicht mehr drinsteckt, was auf den Parteietiketten draufsteht. „Rot“ etwa steht nicht mehr unbedingt für sozial. „Grün“ nicht mehr unbedingt für Frieden. Twitter, nun X, begründet die Aufhebung des Verbots der politischen Werbung im Übrigen als Unterstützung für das Recht auf einen korrekten politischen Diskurs auf der Plattform.

Deutlich wird, wer eigentlich an den Schalthebeln der Macht sitzt. Unbedingt zu erwähnen ist in diesem Zusammenhang natürlich auch der US-amerikanische Finanzkonzern BlackRock. „BlackRock hat sich in den letzten zehn Jahren zum weltgrößten Kapitalorganisator entwickelt“, erklärte Werner Rügemer nach dem „Tribunal gegen BlackRock“ im September 2020 in Berlin. BlackRock ist Miteigentümer von 18.000 Banken, Unternehmen und Finanzdienstleistern. Der Finanzgigant berät die wichtigsten Zentralbanken und die EU-Kommission. Der Einfluss ist also wirklich gigantisch. Und er ist hier wie auch bei allen anderen Machtanballungen beängstigend.

Keine Blockaden



Dennoch wird nicht die Axt an die Wurzel gelegt. Die Machtkonzentration steigt im Gegenteil seit 30 Jahren kontinuierlich, so der amerikanische Jurist Eric Posner. „Der Wettbewerb erlahmt, gleichzeitig hat die Ungleichheit zugenommen“, erklärte er mit Blick auf die Situation in den USA im Mai dieses Jahres in einem Interview mit der Neuen Züricher Zeitung (NZZ). Eric Posner forderte, Fusionen wie den Kauf von WhatsApp oder Instagram durch Facebook häufiger als bisher zu blockieren - nicht nur im Tech-Bereich.

Um der weiteren Oligopolisierung der Tech-Industrie entgegenzuwirken, müssten aber auch Open-Source-Modelle und -Projekte wie Mozilla viel stärker gefördert werden. Mozilla-Chefin Mitchell Baker warnte soeben auf ntvdavor, die Entwicklung der Künstlichen Intelligenz allein in die Hände weniger Tech-Giganten zu legen. „Es ist äußerst wichtig, dass die Trainingsdaten und die Ergebnisse der neuen KI-Funktionen von den einzelnen Nutzern und Unternehmen kontrolliert werden können und nicht zentral von einigen wenigen großen Unternehmen gesteuert werden“, mahnte sie.

Die einen wollen in einer solidarischen Gemeinschaft und guten Gesellschaft leben, während die anderen immer aggressiver nach Macht, Einfluss und Geld jagen. Das erzeugt immer größere Spannungen. Werden die Machtjäger nicht endlich gestoppt, lassen wir sie weiter jagen, wird am Ende nichts mehr gut sein in unserer Gesellschaft. In unserer Welt.

Zur Autorin Pat Christ



Pat Christ, Jrg. 1970, Magister in Kulturgeschichte an der Uni Würzburg, seit 1990 als freischaffende Foto- und Textjournalistin tätig.

Schwerpunkte:

Berichterstattung aus Kultur, Bildung, Wirtschaftsethik und Wissenschaft. Zeitschriften und Magazine: Main-Echo, Bayerische Gemeindezeitung, Kulturmagazin Leporello, Stadtmagazin „Der Kessener“.